

# **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt und Klima**

---

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 10.12.2025  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:10 Uhr  
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

## **Anwesend:**

### **Mitglieder**

Herr Thomas Bös  
Herr Michael Barth  
Herr Sahin Cenik  
Herr Thomas Daube  
Herr Karl-Heinz Hüter  
Herr Thomas Schaffert  
Frau Barbara Eckhardt für Frau Amy Petzel  
Herr Rolf Malachowski für Herrn Björn Diegel  
Herr Andreas Rey für Herrn Lars Olaf Ullrich

### **von der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Lothar Seitz  
Herr Karsten Vollmar

### **vom Magistrat**

Frau Anke Hofmann

### **Schriftführer/in**

Frau Vanessa Gajek

### **von der Verwaltung**

Herr Martin Bode  
Herr Sören Hollstein  
Herr Marcel Schenk  
Herr Johannes van Horrick

## **Tagesordnung:**

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Sachstand Tennet-Leitung**
- 3. Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 37 Flurstück 400, Alter Kirchweg 37  
1454/20**
- 4. Veräußerung der im Sachverhalt genannten städtischen Grundstücke, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 6 Flurstück 33/2, und Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 6 Flurstück 33/4, 1. Nachtrag  
1462/20**
- 5. Sachstandsbericht Bahnprojekt Fulda-Gerstungen  
1470/20**
- 6. Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE GRÜNEN betreffend Bodenstrahler abschalten, die ungeschützt nach oben strahlen  
1456/20**
- 7. Verschiedenes**
- 7.1. Sachstandsbericht Halle am Ententeich**

## **zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Bös stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Sachstand Tennet-Leitung**

Herr Hollstein teilt mit, dass die Stadtverwaltung im Rahmen des Anhörungsverfahrens eine mit dem Landkreis abgestimmte Stellungnahme abgegeben habe. Die Stellungnahme umfasse unter anderem die Sachverhalte Flurbereinigungsverfahren, Anpassungen des Regionalplans östlich von Sorga sowie geplante Waldquerungen.

Herr Hollstein geht weiterhin auf zwei Sachverhalte der Stellungnahme besonders ein. Zum einen werde der Bündelungsgrundsatz seitens der Stadt kritisch gesehen. Bereiche, die bereits durch bestehende Infrastrukturen vorbelastet sind, würden durch zusätzliche Trassenführungen weiter beeinträchtigt, lediglich aufgrund der Tatsache, dass dort bereits eine Infrastruktur vorhanden sei. Zum anderen würden die Auswirkungen der neuen Stromtrasse auf das Landschaftsbild oberhalb von Sorga kritisch gesehen, da aufgrund der Kreuzung der Solz und B62 sowie dem Verlauf auf dem zur Siedlung zugewandten Hang eine starke visuelle Dominanz entstehen könne.

Die Bundesnetzagentur befasse sich aktuell mit der Auswertung der Stellungnahmen und werde im Anschluss einen Erörterungstermin durchführen.

Seitens der Tennet werde mit einem Planfeststellungsbeschluss Ende 2026 gerechnet.

## **zu 3 Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 37 Flurstück 400, Alter Kirchweg 37 1454/20**

Bürgermeisterin Frau Hofmann stellt den Sachverhalt vor.

### **Beschluss:**

Der Erwerb der im Sachverhalt genannten Fläche zu den in der Anlage genannten Konditionen wird beschlossen. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Fläche mit Inkrafttreten des Haushalts 2026 anzukaufen.

**einstimmig beschlossen**

**zu 4 Veräußerung der im Sachverhalt genannten städtischen Grundstücke, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 6 Flurstück 33/2, und Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 6 Flurstück 33/4, 1. Nachtrag  
1462/20**

Herr van Horrick stellt den Sachverhalt vor und ergänzt, dass für das Vorhaben bereits der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan beschlossen wurde. Weiterhin erläutert er die einzelnen Varianten der Planung. Zunächst seien vier Wohngebäude mit einer Erschließung von unten über eine herzustellende Erschließung geplant gewesen. In einer zweiten Variante sei stattdessen eine Erschließung über die Straße „Am Steffen“ vorgesehen worden. Diese Planung sei jedoch nicht darstellbar. Letztendlich sollten drei Wohngebäude mit einer Erschließung über die Straße „Am Steffen“ realisiert werden.

Bürgermeisterin Frau Hofmann ergänzt, dass es bei der letzten Variante zu einem vergleichsweise geringeren Eingriff in die Natur käme.

**Beschluss:**

Den im Sachverhalt stehenden Planungsänderungen wird zugestimmt. Im Übrigen gelten die in der Beschlussvorlage 0316/20 stehenden Vorgaben (Preis, Übernahme Kosten naturschutzrechtliche Betrachtung).

**einstimmig beschlossen**

**zu 5 Sachstandsbericht Bahnprojekt Fulda-Gerstungen  
1470/20**

Herr Schenk stellt den Sachverhalt vor und ergänzt, dass innerhalb der Kernforderung 4 „Schallschutzmaßnahmen“ eine gesamtheitliche Schallbetrachtung sowohl für den Eisenbahn- als auch den Straßenverkehr gefordert werden solle.

Herr Barth bezeichnet die Kernforderungen als nachvollziehbar und fragt, ob es eine Prognose zur Realisierbarkeit der Umsetzung gäbe und ob Verkehrsnebenflächen von geforderten Bauwerken, ähnlich wie bei der Hochbrücke, zu Lasten der Stadt gehen würden.

Bürgermeisterin Frau Hofmann antwortet, dass die Kernforderungen in Abstimmung mit den anderen Kommunen innerhalb der Arbeitsgruppe erarbeitet werden. Des Weiteren wäre angedacht, das Referat des Bundes einzubinden, um die Chancen der Umsetzung zu erhöhen.

Herr Schenk weist darauf hin, dass innerhalb der Kernforderungen aufgenommen wurde, dass der Bund städtische Eigenanteile der geforderten Maßnahmen zu tragen habe.

Bürgermeisterin Frau Hofmann führt aus, dass innerhalb der Arbeitsgruppe die Erkenntnis bestehe, dass Forderungen, die die Zuwegung zum Bahnhof betreffen, schwierig umsetzbar seien. Es gebe aber noch keine Entscheidung hierüber.

Vorsitzender Bös schildert seine Sichtweise und führt dabei aus, dass auch die Anwohner im Bahnhofsumfeld von einer Umgestaltung in ihrer Wohnqualität nicht eingeschränkt werden dürften. Weiterhin verweist er auf die zwei Vorschläge vom Aktivbündnis Waldhessen und fragt, inwiefern diese in die Kernforderungen mitaufgenommen werden könnten.

Herr Schenk und Bürgermeisterin Frau Hofmann erläutern, dass diese bei der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe thematisiert würden und dass die Kernforderungen einen Bezug zur Vorzugvariante und zur Zuständigkeit des Bundes besitzen müssten.

Herr Bös nimmt dies zur Kenntnis und regt an, eine fünfte Kernforderung zur Erstellung einer übergreifenden konzeptionellen Gesamtplanung für das Bahnhofsumfeld aufzustellen.

Herr Schenk betont die Wichtigkeit der Anschlussfähigkeit von der Bahnhofsplanung an die Umgebung und erläutert, dass die bisherigen Kernforderungen durch die geforderte Anlage von Radwegen oder den Ausbau von Haltestellen die Anbindung an den Bahnhof bereits beinhalten würden. Ein stärkerer Fokus auf eine gesamtheitliche Planung könne in den Kernforderungen aber durchaus betont werden.

Herr Bös nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und ergänzt, dass die Forderungen des Aktivbündnisses Waldhessen dem Protokoll beigefügt werden sollen.

Herr Barth stellt anschließend eine Frage zur ersten Forderung des Aktivbündnisses. Der Ankauf des Bahnhofsgebäudes würde mehrere Jahre in Anspruch nehmen und es wäre fraglich, ob die Stadt dies wirklich möchte.

Herr van Horrick antwortet, dass die Deutsche Bahn keinen Rückkauf des Gebäudes plane, da dieses für das Vorhaben der Deutschen Bahn nicht von Bedeutung sei.

Vorsitzender Herr Bös führt aus, dass es von der Deutsche Bahn das Programm „Zukunftsbahnhöfe“ gäbe und sich der Bad Hersfeld Bahnhof hierfür eignen würde und schlägt vor, die Aufnahme in das Programm in die Kernforderungen aufzunehmen. Weiterhin bestünden auch Überlegungen, dass private Investoren das Gebäude kaufen und umnutzen würden.

Herr Malachowski schildert seine Sichtweise und geht insbesondere darauf ein, dass die Kaufabsichten des aktuellen Besitzers unbekannt seien.

Bürgermeisterin Frau Hofmann antwortet, dass mit dem vorherigen Eigentümer Konzepte für eine Nutzung durchgesprochen worden seien, sich die Kontaktaufnahme

zum jetzigen Eigentümer allerdings schwierig gestalten. Sie betont, dass die Aufnahme in das Programm „Zukunftsbahnhöfe“ sinnvoll sei.

Herr Vollmer stellt seine Sichtweise dar, insbesondere, dass die Stadt derzeit keine Mittel zum Ankauf habe. Dies sei bedauerlich, aber realistisch.

Bürgermeisterin Frau Hofmann fasst die Diskussion um das Bahnhofsgebäude dahingehend zusammen, dass ein Ankauf des Gebäudes sowohl seitens der Stadt als auch seitens der Deutschen Bahn unrealistisch sei. Der Kontakt zum derzeitigen Eigentümer sei weiterhin anzustreben.

Vorsitzender Herr Bös und Herr Schaffert stimmen dem zu und betonen, dass bei den Kernforderungen eine Priorisierung wichtig sei.

Vorsitzender Bös stellt anschließend eine Wortmeldung aus dem Publikum zur Abstimmung. Diese wird mehrheitlich beschlossen, sodass Herr Dr. Dähn Rederecht erhält.

Herr Dr. Dähn erläutert, dass das Bahnhofsgebäude eine zentrale Wirkung als Eingangsportal zum Bahnhof besitze, die Nutzung des Gebäudes als Service- und Informationsstelle sich anbieten würde und die Aufnahme in das Programm „Zukunftsbahnhöfe“ daher sinnvoll sei. Er weist darauf hin, dass bei einer Neuerrichtung der Personenunterführung der Zugang zur bestehenden Unterführung nicht mehr möglich sei.

Vorsitzender Herr Bös nimmt den Hinweis zur Kenntnis.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Seitz regt an, dass die geforderten Punkte des Aktivbündnisses Waldhessen stadtplanerische Belange darstellen und diese in zukünftigen Stadtplanungskonzepten Berücksichtigung finden sollten.

Herr Malachowski stimmt dem zu.

### **Beschluss:**

Vom Sachstandsbericht zum Bahnprojekt Fulda-Gerstungen wird Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 6      Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE GRÜNEN betreffend Bodenstrahler abschalten, die ungeschützt nach oben strahlen  
1456/20**

Vorsitzender Herr Bös stellt den Antrag vor und erläutert dabei unter Veranschaulichung mehrerer Fotos aus der Innenstadt, dass explizit keine Abschaltung von Leuchten gefordert werde, die für die Beleuchtung der Straßenräume und Verkehrswege erforderlich seien.

Herr Bode geht auf die Abstimmungen ein, die man bei einer vergangenen Belichtungsprobe im Schildepark vereinbart habe. Er betont, dass nicht erforderliche Bodenstrahler kontinuierlich abgeschaltet würden, sich der Prozess aufgrund des Personalmangels allerdings langsamer gestalte. Des Weiteren sei der Bereich Schildepark bereits erfolgreich durch die Wirtschaftsbetriebe gemäß den getroffenen Abstimmungen umgebaut worden. Einige Leuchten in Durchgängen seien aus kriminalpräventiven Gründen aber essentiell. Außerdem laufe derzeit die EU-weite Vergabe für die Neuausschreibung der Beleuchtung, die eine steuerungsfähige Lichttechnik beinhalte.

Herr Bös und andere loben ausdrücklich die bereits erfolgte Anpassung der Beleuchtung. Nach einer Diskussion zum weiteren Umgang des Antrags wird einstimmig für eine Änderung des Beschlussvorschlages abgestimmt. Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Magistrat wird beauftragt, den eingeschlagenen Weg zur Anpassung der Beleuchtung weiterzuverfolgen und nach einem Jahr eine Rückmeldung an den Ausschuss zu geben.*

**Beschluss:**

**Der Ausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Magistrat wird beauftragt, den eingeschlagenen Weg zur Anpassung der Beleuchtung weiterzuverfolgen und nach einem Jahr eine Rückmeldung an den Ausschuss zu geben.

**einstimmig beschlossen mit Änderung**

## **zu 7      Verschiedenes**

### **zu 7.1      Sachstandsbericht Halle am Ententeich**

Vorsitzender Herr Bös fragt nach dem aktuellen Stand zur Halle.

Bürgermeisterin Frau Hofmann erläutert, dass dort Großdrucke hergestellt werden. Ein Verkauf an Endkunden erfolgt nicht. Die Halle ist seit dem Frühjahr vermietet und seit Mitte des Jahres in Nutzung.

Vorsitzender Herr Bös bedankt sich für die Ausführungen und schließt darauf die Sitzung um 18:10 Uhr. Er wünscht allen Anwesenden fröhliche Weihnachten und ein gesegnetes Jahr 2026.

gez. Thomas Bös  
Vorsitzender

gez. Vanessa Gajek  
Protokollführer/in